

Ein Kandidat für GPK-Ersatzwahl

Berneck Durch das Ausscheiden von Emanuel Bürki (FDP) aus der Geschäftsprüfungskommission ist ein Sitz neu zu besetzen. Die Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2021 bis 2024 findet am 12. März 2023 statt. Innert der anberaumten Frist ist bei der Gemeinderatskanzlei folgender gültiger Wahlvorschlag eingegangen: Florian Wetli, Leitung Buchhaltung und Administration, FDP. (gk)

Baufträge der Gemeinde

Widnau Der Gemeinderat hat folgende Aufträge erteilt: Bahnhofstrasse/Einlenker Zehntfeldstrasse – Ergänzung Trottoir: Vergabe der Baumeisterarbeiten an die Bernhard Frei AG, Widnau. Neubau Alters- und Pflegezentrum Widnau: Vergabe der Zimmer-Tresore an die Securama AG, Wallisellen/Vergabe der Akustikplanung an die applied acoustics GmbH, Gelterkinden. (gk)

Journal

Kinderfasnacht des Familientreffs

St. Margrethen Der Familientreff organisiert auf Mittwoch, 15. Januar, um 14 Uhr eine Faschnachtsparty im Vikariat. Die besten Maskierungen werden belohnt.

HV des Gemeinnützigen Frauenvereins

Widnau Der Gemeinnützige Frauenverein lädt am Freitag, 10. Februar, um 19 Uhr zur HV ins evang. Kirchengemeindehaus ein. Anmeldung bis 7. Februar bei Iris Graf, Tel. 071 722 69 69.

Kaffeekränzchen im Restaurant Löwen

Diepoldsau Am Dienstag, 14. Februar, von 14 bis 17 Uhr, lädt der Bäuerinnen- und Landfrauenverein zum Kaffeekränzchen im Restaurant Löwen ein. Anmeldung: Tel. 079 293 01 16.

Leserbriefe

Allein auf weiter Flur

«Eine Auswahl ist doch vorteilhaft», Ausgabe vom 23. Januar

Die Ausführungen von Herrn Bruderer sind absolut akzeptierbar, und es ist dankenswert, dass der «Rheintaler» sich der Politik der Gemeinden im Tal annimmt. Trotzdem erlaube ich mir ein paar Anmerkungen. Die Ausführungen fallen doch sehr zugunsten von Majlinda Sulejmani und ihren Unterstützenden aus. Die Arbeit im Gemeinderat verlangt viel Präsenzzeit, mehr als früher. Sulejmani tanzt auf vielen – zu vielen – Hochzeiten, sodass ihr ein Mandat im Gemeinderat unmöglich wäre. Die FDP ist Mehrheitspartei

SP sieht «zu grosse Unterschiede»

Wie benachteiligt Menschen mit wenig finanziellen Mitteln sind, hängt davon ab, in welcher Gemeinde sie leben. Dies ist eine der Kernaussagen der SP Rheintal, die zu einer Medienorientierung eingeladen hatte.

Gert Bruderer

Die Partei lenkte den Blick bereits auf die National- und Ständeratswahlen im Herbst. Es äusserten sich nicht nur die Balgacher SP-Kreispräsidentin und Kantonsrätin Karin Hasler sowie der Altstätter Kantonsrat, Schulpräsident und SP-Ortspräsident Remo Maurer, sondern auch die Nationalrätin und Ständeratskandidatin Barbara Gysi.

Remo Maurer beklagte die seines Erachtens zu hohen Steuerfuss-Unterschiede und bekräftigte die alte Forderung nach einem horizontalen Lastenausgleich im Kanton. Ob es um Sozialhilfe, Kinderbetreuung, Jugendarbeit oder die Tagesbetreuung in Schulen gehe, die Angebote lägen allzu weit auseinander. Karin Hasler verband mit rekordtiefen Steuerfüssen die Frage, welcher Service Public in besonders steuergünstigen Gemeinden überhaupt noch möglich sei.

Kein Interesse an regionaler Schulsozialarbeit

Im Bestreben, für die Schulsozialarbeit eine regionale Lösung zu finden, stellte Remo Maurer fest, dass die Gemeinden an einem gemeinsamen Vorgehen nicht interessiert seien. Die Initiative hatte der Altstätter Schulpräsident ergriffen, weil Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen zu wenig ambulante Hilfe erhielten; es bestehe eine «hoffnungslose Überlastung». Maurer hatte sich eine entsprechende Einbindung der Schulsozialarbeit vorgestellt, fand aber regional kein Gehör.

Uneinheitlichkeit sieht der Altstätter auch bei den Einbürgerungen: «Noch immer werden Gesuche aus Gründen abgelehnt, die aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar sind.»

«Einkünfte dürfen nicht weggefressen werden»

Auch bei den Kindertagesstätten sind die Gemeinden uneinheitlich unterwegs. Karin Hasler nannte das Beispiel mehrerer El-



Karin Hasler, Barbara Gysi und Remo Maurer (von links) äusserten sich in Altstätten zu einer ganzen Reihe regionaler Themen. Bild: Gert Bruderer

tern aus Balgach, die ihre Kinder nach Marbach oder Altstätten bringen und dort mehr bezahlen müssten. Die Kantonsrätin sprach sich einmal mehr für flächendeckend vorhandene und bezahlbare Kitas aus. Der wachsende finanzielle Druck auf Familien lasse sich durch eine Erwerbstätigkeit des zweiten Elternteils schwer entschärfen, wenn wegen hoher Tarife für die Kinderbetreuung und durch progressiv höhere Steuern ein grosser Teil der Einkünfte «weggefressen» werde.

Als Auslaufmodell bezeichnete Karin Hasler das bisherige Modell der Gemeindeführung. Bewerber seien teils schwer zu finden, und für eine Familienfrau komme die Amtstätigkeit kaum in Frage. Hasler, die eine zu starke Tendenz zum Verwalten (statt Gestalten) durch die Gemeinderatsgremien feststellt

und überdies auch GPKs teilweise überlastet sieht, hält strukturelle Veränderungen in den Gemeinden für unumgänglich. Zum Beispiel stellt sie sich eine politisch-strategische Führung

«Welcher Service Public ist in besonders steuergünstigen Gemeinden überhaupt noch möglich?»

Karin Hasler
SP-Präsidentin/Kantonsrätin

an der Spitze und Gemeinderäte mit Teilpensen vor, was auch für Familienfrauen attraktiver wäre.

Guter ÖV «besser als immer mehr Strassen»

Barbara Gysi, von Maurer als «perfekte Nachfolgerin Paul Rechsteiners» gepriesen, sieht die Stärkung des öffentlichen Verkehrs, auch grenzüberschreitend, als eines ihrer Hauptanliegen. Es gelte, nicht nur die Rentabilität ins Zentrum zu stellen, sondern auch die Attraktivität und den Ausbau zu fördern und «wann immer möglich Bundesmittel einzusetzen».

Als Beispiele nannte Gysi die S7 nach Lindau, die S5 nach Dornbirn und zusätzliche Busverbindungen, wobei die Anschlüsse gut bzw. die Wartezeiten kurz zu sein hätten. Touristische Angebote wie die

«Gaiserbahn» oder die Strecken Rheineck-Walzenhausen und Rorschach-Heiden seien weiter zu betreiben. Bei all dem, ergänzte Remo Maurer, gehe es auch um die Notwendigkeit, die Bewusstseinsbildung in Bern zu fördern.

Als weitere Hauptanliegen nannte Barbara Gysi die Stärkung der sozialen Sicherheit und den Ausbau der Prämienverbilligung sowie die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und die rasche Umsetzung der Pflegeinitiative.

Im Zusammenhang mit der gerade wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückten S18 (bzw. dem neuen, diesseits des Rheins empört zur Kenntnis genommenen Vorschlag aus Österreich) sagte Barbara Gysi: Generell sei ein vorbildlich ausgebauter ÖV immer mehr Strassen vorzuziehen.

der früheren CVP, sie steht wirklich nur noch im Nebel und hier und da sieht man eine Kontur – oder die Präsidentin allein auf weiter Flur.

Albertino Pierino Steiner, St. Margrethen

Empörung ist kein Argument

Neue Autobahn-Variante empört, Ausgabe vom 26. Januar

Nach 40 Jahren Diskussion über eine Verbindung der Autobahnen glaubte man eine Lösung gefunden zu haben; eine Lösung allerdings, von der wenige wirklich überzeugt sind (riesiger Bogen entlang Lustenaus bis

zum Anschluss St. Margrethen, Zank zwischen Befürwortern und Gegnern der CP- bzw. der Z-Lösung). Nun wagt es die österreichische Mobilitätsministerin, einen neuen Vorschlag zu machen, der weniger Land verbraucht, im Bau und im Unterhalt weniger kostet und umwelt- und klimaverträglicher ist. Alle Lokalpolitikerinnen und -politiker schreiben Nein und sind empört, weil sie nicht einbezogen worden sind.

Ich finde den Bericht lesens- und prüfenswert. Die verschiedenen Varianten werden entlang zentraler Kriterien beurteilt: Verkehrsbelastungen, Verkehrssicherheit, Investitions- und Betriebskosten, Klimaneutralität, Treibhausgasausstoss, Wirt-

schaftsattraktivität, Schadstoffausstoss, Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen, Erholungswert, Biodiversität. Die bei der Analyse am besten abschneidende Variante «Lustenau Süd» soll nun zusätzlich geprüft werden, während übrigens die Planungsarbeiten für die vorher bevorzugte CP-Variante weitergehen.

Auch ich habe Fragen zum neuen Vorschlag: zur Kapazität des Kreisel (wäre es auch möglich, die Verkehrsströme zwischen Widnau und Au zu splitten?), zum Grundwasserproblem bei der Untertunnelung des Alten Rheins (warum nicht auch des Neuen Rheins?), zur Beeinträchtigung der Naherholungsgebiete, zur Sperrung des Schmitter-Zollamts (wa-

rum nur für Lastwagen?) ... Diese Fragen sollen kritisch geprüft werden.

Der Vorschlag «Lustenau Süd» hat aber auch Potenzial, wie die Anbindung der Industriegebiete Stadler und Visocoseareal. Und die gesparte Milliarde könnte dann für ein wirklich neues, zukunftsgerichtetes Verkehrskonzept für das mittlere Rheintal verwendet werden, das dem Innovationsanspruch unseres Tals gerechter wird als immer neue und grössere Strassenbauvorhaben.

Also liebe Politikerinnen und Politiker: Legt die Empörung ab, lasst euch anregen, prüft auch diesen Vorschlag und denkt weiter.

Jürg Sonderegger, Diepoldsau